

N I E D E R S C H R I F T

über die 16. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

vom:	23.05.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	18:15 Uhr
Ort:	Kursana-Theodor-Keßler-Haus Am Witschert 10

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

Schmidt, André - als Vorsitzender -
Eberlein, Klaus-Peter
Eger-Kahleis, Brigitte
Flohren, Angelika
Kaiserling, Carl-Norbert
Kamieth, Jens
Katz, Reinhilde
Krombach, Ulrich
Nell, Karl-Heinz
Rujanski, Detlef
Tigges, Johannes
Wolters, Maria - für Stv Neubauer, Hans-Peter -

II. Beratende Mitglieder:

Ditsch, Gül - für vom Ausländerbeirat noch nicht benanntes ordentliches Mitglied -
Gürke, Volker - für AM Klein, Horst -
Wurm, Manfred - für AM Mücke, Helga -
Kill, Erika
Löwenberg, Horst
Max, Christian
Nauck, Gerda - bis 17.45 Uhr, TOP 7 ö. T. -

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet ab 15.30 Uhr eine Besichtigung des

Kursana-Altenzentrums statt (s. auch Anlagen zur Niederschrift).

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Rujanski bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

5. Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürgern

Vorlagennr. 1897/2002

Herr Krombach beantragt, der abweichenden Empfehlung des Ausländerbeirates zum Verwaltungsvorschlag zu folgen und die Restmittel in Höhe von 1.396,00 € dem Ausländerbeirat zur Verfügung zu stellen, damit dieser die Gelder zur Sprachförderung und Hausaufgabenbetreuung ausländischer Kinder einsetzen kann.

Herr Engelmann verweist auf die an die Ausschussmitglieder verteilte Tischvorlage mit der Beschlussempfehlung des Ausländerbeirates. Ob die Hausaufgabenbetreuung konform zur Richtlinie ist, kann nicht direkt beantwortet werden. Zum Antrag Nr. 5, Institut für Kirche und Gesellschaft, erläutert er ergänzend, dass die Maßnahme bereits vor der Antragsfrist beendet und damit nicht förderfähig ist.

Herr Schmidt macht deutlich, dass das Verfahren richtlinienbedingt schwierig ist und im Anschluss an die Beschlussfassung eine Aussprache zur zukünftigen Arbeit der „Zehnerkommission“ erfolgen soll.

Frau Flohren bittet die Verwaltung, zukünftig bei den nicht zuschussfähigen und daher abzulehnenden Anträgen eine kurze Begründung beizufügen.

Nach Auffassung der Herren Nell und Kamieth ist dem Ausländerbeirat das Geld nicht zu überlassen, gegebenenfalls kann sich der Ausschuss bei einer konkreten Antragstellung damit befassen. Daneben verweist Herr Nell auf das noch nicht genehmigte Haushaltskonsolidierungskonzept.

Herr Rujanski beantragt, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung ohne Empfehlung zur Übertragung der Haushaltsmittel in das Haushaltsjahr 2003 zu folgen.

Herr Krombach zieht seinen Antrag zurück.



Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen kommt überein, dass sich die Zehnerkommission mit einem zukünftigen Prozedere zur Verteilung der Mittel beschäftigen soll.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen beschließt, dem Vorschlag der 10-er-Kommission zu folgen, von den auf HHSt. 1.498.7195.7 insgesamt zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln i. H. v. 7.700,00 €

- 5.804,00 € zur Finanzierung vorliegender Zuschussanträge (gem. Anlage zur Vorlage) und
- 500,00 € zur Mitfinanzierung des Freundschaftsfestes

zu verwenden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. VHS Siegen; hier: Fortschreibung des Berichts über die Auswirkung der Änderung beim Siegener Ausweis

Vorlagenr. 1808/2002

Entgegen der Vorlage ist ein Anstieg der Siegener Ausweisinhaber von 39 auf 82 Teilnehmer und somit um mehr als 100 % zu verzeichnen, so Herr Hiller. Diese Teilnehmer bilden im Angebot Deutsch als Fremdsprache einen Anteil von 31 %. Der Anstieg begründet sich durch das dezidierte und aufeinander abgestimmte Angebot für die einzelnen Kursbesucher. Daneben können Siegener Ausweisinhaber für die Angebote Deutsch als Fremdsprache Zuschüsse durch den Förderverein erhalten, in einigen Fällen konnte auch eine Ratenzahlung vereinbart werden.

Entsprechend der alten Regelung müssen Wege und Mittel gefunden werden, Deutsch als Fremdsprache durch die VHS wieder kostenfrei anbieten zu können, so Herr Rujanski. Die Sprache ist wichtig für eine Eingliederung und ein gemeinsames Miteinander. Damit der VHS hierbei kein Defizit entstehe, war seiner Meinung nach in

der damaligen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Senioren-fragen Konsens, dass es sich um eine soziale Leistung handelt, die der VHS gut-geschrieben und im Sozialetat an entsprechender Stelle, beispielsweise aus der För-derung sonstiger Vereine und Verbände, VHS, belastet wird.

Für Herrn Nell muss in diesem Bereich eine ausreichende finanzielle Ausstattung vorhanden sein.

Herr Dr. Rohr macht deutlich, dass der Sachverhalt ausreichend geprüft wurde und die Auswirkungen bei Siegerner Ausweisinhabern bekannt sind. Der Kulturausschuss hat diese Vorlage zur Kenntnis genommen. Sofern der Ausschuss für Soziales, Fa-milien- und Seniorenfragen beschließt, die Erhöhung der Entgelte teilweise oder ganz aufzuheben, wird die Verwaltung sie als Entscheidungsvorlage zur Disposition der entsprechenden Sitzung in den Haupt- und Finanzausschuss einbringen. Zu-sätzliche Mittel werden nicht bereitgestellt. Für eine Ausweisung im Etat und eine damit verbundene innere Verrechnung der Leistungen ist der verwaltungsseitige Aufwand nach Auffassung des Stadtkämmerers zu hoch.

Frau Nauck erinnert an den Verwaltungsauftrag, wonach eine Aufstellung der Anbie-ter im Bereich Deutsch als Fremdsprache erfolgen sollte.

Nach Auffassung von Herrn Hiller wird die VHS bei anderen Anbietern als Kon-kurrenz gesehen. Deshalb gestaltet sich die Abfrage schwierig. Daneben stehen teil-weise Antworten der Angefragten noch aus. Möglichkeiten einer Förderung beim Sprachverband Mainz wurden geprüft. Im Bereich Deutsch als Fremdsprache ent-sprechen die Zielgruppen der VHS nicht den Anforderungen, die mit einer möglichen Förderung verbunden sind.

Auf die Fragen von Herrn Rujanski erklärt Herr Dr. Rohr, dass es nach derzeitigem Kenntnisstand keine Möglichkeiten einer Bezuschussung dieser Sprachförderung zu Gunsten der VHS gibt. Eine Ausschreibung und die Vergabe dieser Leistung Deutsch als Fremdsprache an Dritte könnte in Erwägung gezogen werden. Über die Zweckmäßigkeit der Abgabe dieses Bereiches sagt er eine Prüfung zu.

Herr Rujanski bittet daneben zu prüfen, ob es Zuschussleistungen für freie Träger gibt, die den öffentlichen nicht zustehen.

Für Herrn Krombach macht es keinen Sinn, solche Kurse von der VHS wegzugeben.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7. Übergangswohnheime für Spätaussiedler und Flüchtlinge - Zustandsbericht/Handlungsbedarfe -

Vorlagenr. 1936/2002

Nach Auffassung von Herrn Dr. Rohr sind die Wohncontainer nicht mehr herrlich-

tungsfähig. Somit muss man genügend Wohnraum in anderen eigenen Einrichtungen schaffen, was wegen der Haushaltslage unrealistisch ist. Daneben könnten die Menschen möglicherweise auf dem freien Wohnungsmarkt untergebracht werden, was zu einer Verfestigung des Lebensmittelpunktes führen könnte.

Für Herr Krombach steht vordergründig die menschengerechte Unterbringung außerhalb der Wohncontainer. Für die Container empfiehlt er den Abriss. Bezüglich möglicher Rückzahlungsansprüche der seinerzeit gewährten Landeszuschüsse sieht er einen Verhandlungsspielraum. Im Fall der übrigen Einrichtungen sollen ausreichende Mittel zur Renovierung bereitgestellt werden.

Auch Herr Rujanski empfindet den aufgezeigten Zustand der Objekte als desolat. Aus seiner Sicht übersteigen in einigen Fällen die Renovierungskosten den eigentlichen Wert der jeweiligen Immobilie. Er kann deshalb eine Unterbringung der Personen auf dem freien Wohnungsmarkt mittragen und bittet um Einschätzung dieser Möglichkeit.

Herr Häuser teilt die Meinung von Herrn Krombach zur entspannten Wohnmarktlage insofern, als es zu Vermietungen durch private Anbieter kommen könnte. Der Markt mit Sozialwohnungen bleibt begrenzt und darf wegen entsprechender Reglementierungen diesem Personenkreis nicht zur Verfügung gestellt werden.

Die Unterbringung auf dem privaten Wohnungsmarkt scheint für Herrn Kamieth ein gangbarer Weg. Er hebt hervor, dass unter dem Begriff Privatanbieter auch große Wohnungsgesellschaften wie Viterro zu verstehen sind.

Nach Auffassung von Herrn Nell hat die Fachverwaltung wegen der angespannten Haushaltslage keinen Beschlussvorschlag unterbreitet. Deshalb wird er die Vorlage ausschließlich zur Kenntnis nehmen. Die durch Herrn Dr. Rohr aufgezeigte Nutzung des freien Wohnungsmarktes ist für ihn schlüssig.

Nach Ansicht von Herrn Krombach benötigt hier die Verwaltung einen eindeutigen Auftrag durch die Politik. Zur Problematik sollte ein Konzept zum weiteren Verfahren bezüglich des freien Wohnungsmarktes, der vorzeitigen Aufgabe der Container und den daraus möglicherweise entstehenden Rückzahlungsansprüchen des Landes und den weiteren Umgang mit den Massivgebäuden erarbeitet werden.

Bei der jetzigen Situation, so Herr Rujanski, können die dringenden kurzfristigen und anstehenden mittelfristigen Sanierungsmittel in Höhe von 1.319.550 € nicht in den Haushalt eingebracht werden. Selbst wenn die Mittel vorhanden wären, kann nur ein ansatzmäßiges Herrichten der Gebäude bewirkt werden. Auch er empfindet die aufgezeigte Eingliederung des betroffenen Personenkreises in den freien Wohnungsmarkt als eine Möglichkeit der Unterbringung.

Herr Dr. Rohr macht deutlich, dass solch ein Konzept und die Umsetzung nicht kurzfristig erfolgen kann.

Zum Hinweis von Frau Flohren zur Gefahr der Gettobildung erinnert Herr Häuser an

den Beschluss des Rates, solche Brennpunkte nicht entstehen zu lassen. Die Herangehensweise an diese Problematik darf nur sehr sensibel erfolgen.

Herr Schmidt schlägt vor, im Rahmen einer der kommenden Sitzungen eine Unterkunft zu besuchen.



Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**8. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Diakonischen Werk im Kirchenkreis Siegen e. V.
- Beratungsstelle für Suchtkranke**

Vorlagenr. 1582/2001 - Vorlage vom 21.11.2001 -
dazu: Ergänzungsvorlage 1582/2001 A vom 26.04.2002

Herr Gürke erklärt sich gemäß § 31 GO NW für befangen und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Rujanski äußert, dass sich an der bekannten Haltung der SPD nichts geändert hat.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigefügten Leistungsvertrag einschließlich Anlage zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen

**9. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V.
- Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Siegen**

Vorlagenr. 1583/2001 - Vorlage vom 21.11.2001 -
dazu: Ergänzungsvorlage 1583/2001 A vom 29.04.2002

Für die CDU Fraktion gibt es noch offene Fragen, so Herr Nell. Er bittet das Gremium, die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis zu nehmen und die Entscheidung dem Haupt- und Finanzausschuss zu überlassen.

Über den Wortbeitrag von Herrn Nell ist Herr Krombach enttäuscht. Da ein Beschlussvorschlag der Verwaltung vorliegt, muss seiner Auffassung nach hierüber abgestimmt werden.

Für Herrn Löwenberg, Herrn Rujanski und Frau Flohren sollten die offenen Fragen im Fachausschuss geklärt werden, insbesondere weil der Haupt- und Finanzausschuss die Vorlage zur weiteren Beratung und Entscheidung zurückgegeben hat.

Herr Nell beantragt, die Verwaltungsvorlage ohne neue Beschlussfassung weiterzuleiten.

Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Nell):

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen leitet die Vorlage ohne neue Beschlussempfehlung weiter.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**10. Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.;
hier: Förderung von besonderen sozialpädagogischen Betreuungs-
maßnahmen**

Vorlagenr. 1931/2002

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen beschließt vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung 2002, dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V. einen Sachkostenzuschuss in Höhe von 26.587 € zur Durchführung von sozialpädagogischen Betreuungsmaßnahmen für ausländische Flüchtlinge einschließlich Verwaltungsmehraufwand zu gewähren.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen